

Ethiker: Suizid darf keine „normale Option“ werden

Schwerte/Bielefeld (epd). Der Bielefelder Medizinethiker Klaus Kobert hat sich besorgt über gesellschaftliche Auswirkungen der Legalisierung des assistierten Suizids geäußert. Wenn aus dem Suizid eine „normale Option“ werde, könnte die in den letzten Jahren durch stationäre und ambulante Hospizarbeit erreichte Sterbekultur zurückgedrängt werden, sagte der leitende Ethiker des Evangelischen Klinikums Bethel am Dienstag in Schwerte. Es könne weniger Fürsorge und Begleitung und einen Rechtfertigungsdruck gegenüber chronisch Kranken geben, warnte Kobert.

Seit das Bundesverfassungsgericht in seinem Urteil im Februar 2020 ein Recht auf selbstbestimmtes Sterben festgeschrieben habe, komme es in Bethel vor allem in der Hospizarbeit vermehrt zu Anfragen nach Unterstützung bei einer Selbsttötung, berichtete der Ethiker und Facharzt für Anästhesie und Intensivmedizin. Auch einzelne Krankenhauspatienten forderten assistierten Suizid oder Hilfe beim freiwilligen Verzicht auf Nahrung und Flüssigkeit ein.

Träger von Pflegeeinrichtungen stünden vor der Frage, ob sie ein Angebot der Suizidassistenz aufbauen sollten, erläuterte Kobert. In den v. Bodelschwingschen Stiftungen Bethel werde es diese Möglichkeit nicht geben. Dennoch könne man Heimbewohner und Patienten nicht allein lassen und müsse eine Begleitung „bis zuletzt“ gewährleisten, betonte der Experte auf einer Tagung in der Evangelischen Akademie Villigst.

Als Institution habe Bethel auch eine Verantwortung gegenüber ehrenamtlichen und hauptamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Diese müssten sich zwar nicht an Suizidassistenz beteiligen, würden aber dennoch mit dem Thema konfrontiert, sagte Kobert. Supervision, Seelsorge oder Ethikkomitees böten hier Unterstützung. „Wir brauchen Schulungen zum Umgang mit Sterbewünschen“, appellierte der Ethiker.

Als Alternativen zu einem assistierten Suizid nannte Kobert unter anderem einen flächendeckenden Ausbau von hospizlicher Begleitung sowie die „Ausschöpfung aller Mittel der palliativen Versorgung inklusiver palliativer Sedierung“. Durch einen am Patientenwillen ausgerichteten Therapieverzicht sei auch ein „Sterbenlassen“ eine Möglichkeit für Ärztinnen und Ärzte. Die Gesundheitspolitik rief der Ethiker auf, Strukturen für die Suizidprävention zu schaffen und ausreichend zu finanzieren. Die Villigst-Tagung „Sterbenwollen - Lebenmüssen - Sterbendürfen?“ über Perspektiven auf den assistierten Suizid endet am Mittwoch. Für Mittwoch ist unter anderem der Theologische Vizepräsident der westfälischen Kirche, Ulf Schlüter, angekündigt.

Soziales